

---

# Jahresbericht 2009/10

---

## ***Wir sind alle Minderheiten***

*Der gute Umgang mit Minderheiten leidet, wenn sich eine Mehrheit  
anmass, alle Rechte für sich in Anspruch zu nehmen,  
nur weil sie eine Mehrheit darstellt.*

### **1. Unser Einsatz in der Abstimmung über die Anti-Minarett-Initiative**

Im vergangenen Vereinsjahr stand für die GMS der Einsatz gegen die Minarettverbot-Initiative im Vordergrund. Zusammen mit der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und den weiteren Partnern IRAS COTIS Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz und dem Zürcher Lehrhaus Judentum – Christentum – Islam lancierten wir einen Aufruf, einem neuen, gegen eine bestimmte einzelne Religionsgemeinschaft gerichteten Ausnahmeartikel in der Bundesverfassung die erforderliche klare Absage zu erteilen. Unser Aufruf wurde von weiteren Organisationen und Persönlichkeiten als Erstunterzeichner mitgetragen und im Internet von insgesamt von 3'453 Personen und Organisationen unterzeichnet (Näheres siehe [www.minarettverbot.ch](http://www.minarettverbot.ch)). Aufmerksamkeit in den Medien erhielt unser Aufruf zunächst wegen des wiederholten Angriffs eines Hackers auf unsere Website. Daraufhin liessen die Attacken nach, und verschiedene Versuche, Leserbriefe mit der gleichen Stossrichtung zu platzieren, waren erfolglos. Auffallend war, dass unser Aufruf - nach den Namen zu schliessen - mehrheitlich durch von einem Minarettverbot direkt betroffenen Personen unterzeichnet wurde.

Die Werbeagentur Euro RSCG Zürich von Frank Bodin kreierte für uns unentgeltlich ein Plakat-Sujet mit dem Slogan „Der Himmel über der Schweiz ist gross genug“, das riesigen Anklang fand. Mit dem Betrag, den die GMS zur Verfügung stellen konnte, und mit Spenden von immerhin rund CHF 60'000.— konnten A5-Postkarten und A2-Plakate gedruckt und verbreitet sowie in regionalen Gratisanzeigern an alle Haushalte in Teilen der Deutschschweiz ein Inserat mit diesem Sujet und einem Interview mit dem Unterzeichneten publiziert werden. Für ein Plakat im Weltformat konnten die nötigen Mittel leider nicht gefunden werden. In Bahnhöfen wurde unser Aufruf gratis auf den e-boards gezeigt, wenn Platz frei war. Economie Suisse sowie CVP und FDP/Die Liberalen erklärten, nichts unternemen zu wollen, solange die Umfrageergebnisse klar negativ für die Initiative seien. Die CVP übernahm das Sujet, verbreitete es aber kaum.

Nach der überraschenden Annahme der Volksinitiative hielten wir in einer Medienmitteilung fest: *„Die vier Organisationen sehen darin zunächst den Ausdruck von offenbar tief sitzenden Ängsten in weiten Kreisen unserer Stimmbürgerschaft vor den rasanten gesellschaftlichen Veränderungen. Dass ein Symbol des Islam als Kristallisationspunkt für diese Ängste benutzt worden ist, verdanken wir einer gefährlichen und gezielt geschürten Vermischung des*

*Glaubens der Muslime in unserem Land mit den Aktionen radikaler fundamentalistischer Bewegungen. Die Annahme der Initiative bedeutet eine Verletzung der in unserem Land herrschenden Religionsfreiheit und ist deshalb eine gravierende Beschädigung unserer freiheitlichen Verfassung. Der Austausch zwischen der muslimischen Minderheit und der Schweizer Mehrheitsbevölkerung muss verstärkt werden. Die Muslime in der Schweiz haben hinlänglich klar gemacht, dass sie gegen eine Instrumentalisierung der Religion sind und dass sie zur Schweizerischen Rechtsordnung stehen. Das Zusammenleben kann nur dann gelingen, wenn die Schweizer Bürger und Bürgerinnen den freiheitlichen Rechtsstaat und die Menschenrechte achten.“*

## **2. Tagung: Leben mit kultureller Differenz und Fremdheit – Politisch instrumentalisierte Emotionen**

Zusammen mit der Paulus-Akademie Zürich organisierte die GMS am 21. Januar 2010 in Zürich diese Tagung. Das Konzept dazu entstand zwar mit Blick auf die Minarettverbot-Initiative, doch zeitlich bereits Monate vor der Abstimmung. Die – auch die GMS überraschende – Annahme der Initiative verlieh dem Anlass eine erhöhte Aktualität. Wohl auch deshalb konnten GMS-Präsident Giuseppe Nay und Hans-Peter von Däniken, Direktor Paulus-Akademie Zürich, die erfreulich hohe Zahl von **über 100** Teilnehmenden begrüßen.

Mitten ins Thema führte der Berner Historiker Patrick Kury mit seinem Vortrag «Vom Überfremdungsantisemitismus zur Islamfeindlichkeit»; er zeichnete die Geschichte der Idee einer «Überfremdung» von ihrer Entstehung im Zürich des Jahres 1900 bis in unsere Gegenwart. Die Schweiz sei seit über hundert Jahren ein Einwanderungsland. Das erzeugte immer wieder Abwehrreflexe, die sich symbolisch gegen bestimmte Personengruppen richteten. Waren es in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg vor allem die Juden aus Osteuropa, die als nicht integrierbar galten, so hiess es das Gleiche in den 1960er-Jahren von den Südeuropäern wie heute von den Muslimen aus dem Balkan oder der Türkei. «Die Geschichte zeigt jedoch», sagte Kury, «dass die ausgesprochen erfolgreiche Integration der Juden aus Osteuropa und der Italiener schliesslich gerade über die Anerkennung der Differenz und nicht über Gleichmacherei funktioniert hat.»

Die Zürcher Religionswissenschaftler Christoph Uehlinger und Rafael Walthert zeigten an einigen aktuellen Beispielen, wo öffentlich sichtbare religiöse Zeichen als Bauwerke Konflikte auslösten – und wo interessanterweise nicht. Eine ihrer Erfahrungen ist: Vor allem noch nicht gebaute Projekte erregen Fantasien; sobald das Bauwerk einmal steht, gewöhnen sich die Anwohner daran. Religiöse Symbole rufen immer nach ihrer Deutung. Dabei spielt das Wissen gar keine so starke Rolle, sagten Uehlinger und Walthert. Auch absurde Deutungen können überzeugen und in der Bevölkerung eine Mehrheit finden, wenn sie in die allgemeine Stimmung passen.

Die Berner Politologin Regula Stämpfli analysierte den Widerhall der Minarett-Abstimmung in den Medien. Für sie stand fest: «Das Abstimmungsergebnis spiegelt nicht 57 Prozent Unbehagen gegenüber dem Islam, sondern es ist das Resultat von 18 Jahren Blocher-Schweiz». Stämpfli kritisierte, dass es den Gegnern der Initiative nicht gelungen sei, mit Humor die Absurdität des Minarettverbots aufzuzeigen. Statt dessen hätten die Initianten mit ihren Vor- und Falschurteilen den Ton angegeben, und in den Medien seien vor allem die Muslime und nicht die Initianten problematisiert worden.

In Workshops konnten sich die Teilnehmer am Nachmittag in einige Teilaspekte vertiefen: Fremdenangst im Wohnquartier, am Arbeitsplatz, im Schulbereich und im Mediendiskurs. Weitere Themen waren das Leben als Muslimin in Zürich und die Frage, ob Männer und Frauen gleiche oder verschiedene Ängste hegten. Auf dem Schlusspodium wies die Ethnologin

Ilona Möwe auf die hohe Zahl von **50 Prozent** binationalen Ehen hin. Und sie sagte: »Wir holen das Fremde zu uns ins Bett – so gross kann die Angst also nicht sein.« Regula Stämpfli sah im Ja zum Minarettverbot den Wunsch mancher Frauen, «armen» muslimischen Schwestern zu helfen, nach dem Motto: «Ich befreie dich, ich erlöse dich von deinem Kopftuch!»

Daniel Suter

### 3. Sigi Feigel-Gastprofessur

Die "Sigi Feigel-Gastprofessur für Jüdische Studien an der Universität Zürich" ist Wirklichkeit geworden! Die Ausschreibung zur ersten Besetzung der Gastprofessur fand mit über zwanzig Bewerbungen ein grosses Echo aus aller Welt. Für die erstmalige Besetzung im Frühjahrssemester 2010 wurde die Philosophieprofessorin Prof. Myriam Bienenstock von der Université François Rabelais in Tours, Frankreich, gewählt. Ihre Vorlesung „Das Erinnern: Zachor“ befasst sich nicht nur mit der für das Judentum grundlegenden Frage des heilsgeschichtlichen Erinnerns, sondern auch mit der notwendigen Arbeit des Erinnerns an die schicksalhaften Leidenserfahrungen in der Geschichte. Das erste Seminar der Sigi Feigel Gastprofessur ist dem Thema „Philosophie und Religion beim 'frühen' Levinas“ gewidmet. Die Veranstaltungen sind offen für alle interessierten Personen.

Die Theologische Fakultät organisierte bereits im Dezember eine Gastvorlesung von Prof. M. Bienenstock. Dies gab einem grossen Kreis von Menschen, auch aus dem Kreis der Gönnerschaft der Sigi Feigel-Gastprofessur, die Gelegenheit, in Kontakt mit Frau Bienenstock zu treten. So hoffen wir auf eine gute fachliche und menschliche Ausstrahlung ihrer Tätigkeit im ersten Semester.

Die finanzielle Sicherung des geplanten Zeitraums von zehn Jahren ist bisher zu drei Vierteln geglückt: Von den budgetierten CHF 850'000 haben wir von Stiftungen und Einzelpersonen bereits feste Zusagen über CHF 670'000 erhalten. Wir unternehmen neue Anstrengungen, um die Restsumme von CHF 180'000 bis zum Frühjahr 2011 sicher zu stellen. Für alle Unterstützung sind wir dankbar.

Werner Kramer

### 4. Beiträge zugunsten der Jenischen und Fahrenden

2009 konnte die GMS einige wenige, aber präzise Beiträge leisten, um die Jenischen und Fahrenden in ihrem Anspruch auf Lebensraum zu unterstützen.

Eine Einzelfallhilfe entwickelte sich zum Musterfall. Einer jenischen Familie, die in Rüttenen bei Solothurn seit Jahren lebt, versuchte die Gemeinde unter Beizug von baurechtlichen Argumenten das Verbleiben an Ort praktisch unmöglich zu machen. Die GMS intervenierte mit einem Schreiben bei der Gemeinde und verwies darauf, dass der Bund mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten sich verpflichtet hat, die Lebensgrundlagen der fahrenden jenischen Bevölkerung zu sichern. Und dass demzufolge die Kantone verpflichtet sind, Stand- und Durchgangsplätze für die Fahrenden zu schaffen und schulpflichtigen Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Die betroffene Familie rekurrierte – unterstützt von der Radgenossenschaft der Landstrasse, der Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende und der GMS – ohne Erfolg an das zuständige kantonale Departement. Sie erhielt dann aber vor dem Verwaltungsgericht Solothurn Recht, wogegen sich die Gemeinde dann ans Bundesgericht wandte. Der Fall ist noch hängig, die Entscheidung wird von einiger Bedeutung sein.

Wir unterstützten eine Informationsveranstaltungen der Grünen Partei in Biel, die mit öffentlichen Aktionen Goodwill zu schaffen versuchten in Hinblick auf das Postulat einer Stadtparlamentarierin zur Schaffung von Durchgangsplätzen für Fahrende.

Und schliesslich wandte sich der Präsident der GMS in einem Schreiben an die BDP des Kantons Aargau, nachdem diese in einem Pressecommuniqué Stimmung gemacht hatte gegen die Verankerung von Plätzen für Fahrende im kantonalen Richtplan – wobei die BDP ausdrücklich das Resultat der Minarettverbots-Initiative zitierte: „Nach der Minarett-Abstimmung sollte jedem klar sein, dass in der Bevölkerung schwer durchschaubare Emotionen bestehen, wenn es um kaum oder nicht integrierte Ausländer im allgemeinen geht.“ – Zu demselben Richtplan im Kanton Aargau hatte die GMS zuvor eine kurze Stellungnahme abgegeben im Rahmen einer kantonalen Vernehmlassung, dies in Abstimmung mit der Radgenossenschaft der Fahrenden. Wir begrüßten, dass grundsätzlich Lebensraum für Fahrende geschaffen und gesichert werden soll, wobei wir darauf hinwiesen, dass besonders auch der „spontane Halt“ auf dem Land von Privaten weiterhin möglich sein müsse. Und wir boten für Konfliktfälle unsere Vermittlerdienste an.

Willi Wottreng

## 5. Grabfelder für Muslime

Im Berichtsjahr wurden leider keine Fortschritte erzielt. Die Stadtpräsidenten von Dietikon und Schlieren machten keinen Gebrauch von unserer Offerte, das Anliegen im Rahmen der Konferenz der Gemeindepräsidenten des Bezirks Dietikon darzustellen und zu vertreten. Es fanden auch keine weiterführenden Gespräche der Behördenvertreter mit Vertretern der muslimischen Gemeinschaften statt. Der Schatten der bevorstehenden und jetzt hinter uns liegenden Abstimmung über das Minarettverbot legte sich über die Bemühungen. Die Annahme des Verbots wird jetzt mancherorts wie ein Nein zu allen Anliegen der Bevölkerung muslimischen Glaubens gehandelt.

Die GMS ist entschlossen, nach den Kommunalwahlen im März 2010 Ihre Bemühungen für das Schaffen von Gräberfeldern für Muslime in grösseren Gemeinden fortzusetzen.

In Winterthur wurde das fertig vorliegende Geschäft wegen Budgetproblemen der Stadt um ein Jahr verschoben. Es zeigte sich, dass die Finanzen 2009 nicht für die Realisierung ausreichten. Die Minarettverbotsinitiative spielte hier keine Rolle. So hoffen wir, dass nicht nur die parlamentarische Behandlung sondern auch der Start der Bauarbeiten im Jahre 2010 realisiert werden.

Unsere Kontakte mit Angehörigen der muslimischen Bevölkerung zeigen deutlich, wie grundlegend wichtig positive Erfahrungen und „Erfolge“ im Umgang mit Behörden und Ämtern sind. Denn diese vermitteln ihnen das Gefühl, „angekommen zu sein“ und „dazu zu gehören“. Das sind grundlegende Schritte der Integration.

Werner Kramer

## 6. Fischhof-Preis 2009 an Robert Huber und den Rapper Stress verliehen

Die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und die GMS haben gemeinsam am 29. Oktober 2009 den mit insgesamt CHF 50'000.-- dotierten Fischhof-Preis 2009 an Robert Huber, Präsident der Radgenossenschaft der Landstrasse und Vorstandsmitglied der GMS, und an den Schweizer Musiker Stress verliehen. Damit sind zwei Persönlichkeiten geehrt worden, die sich auf sehr verschiedene Weise für die Rechte von Minderheiten, für Toleranz und Respekt, wie auch gegen Rassismus, Extremismus und Ausgrenzung verdient gemacht haben.

Die Festansprache unter dem Titel "Ausländer als Chance" hat unser Vorstandsmitglied Nationalrätin Dr. Kathrin Amacker-Amann gehalten und auf die Chancen hingewiesen, welche Ausländer für unser Land darstellen. Die Laudatio für Robert Huber hielt Dr. Claudia Kaufmann, Ombudsfrau der Stadt Zürich, und strich dabei seine Verdienste als Brückenbauer heraus. Peter Rothenbühler, Stv. Verlagsdirektor von Edipresse Publications, war der Laudator für Stress.

Die 10. Preisverleihung des Fischhof-Preises ehrt den Musiker Stress, weil dieser mit seinem Engagement die Jugend dazu animiert, sich aktiv an der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung unseres Landes zu beteiligen. Stress - mit bürgerlichem Namen Andres Andrekson - ist einer der erfolgreichsten Schweizer Musiker und als Rapper über die Landesgrenzen hinaus bekannt. In den Liedern des gebürtigen Estländers, der als 12-Jähriger in die Schweiz einwanderte, kommen immer wieder klare Botschaften gegen jegliche Form von Rassismus und politischen Extremismus zum Ausdruck.

Die Verleihung des Preises an Robert Huber ehrt das Lebenswerk eines in der Schweiz den Eltern entrissenen 'Kindes der Landstrasse', welches sich den Einsatz für ein besseres Leben der Fahrenden in der Schweiz zur Lebensaufgabe gemacht hat. Unser langjähriges Vorstandsmitglied Robert Huber hat sich in seiner 25-jährigen Arbeit als Präsident der Radgenossenschaft der Landstrasse unermüdlich für die Verteidigung der Kultur und des Existenzrechts der lange bedrängten nationalen Minderheit der Jenischen und Fahrenden eingesetzt. Robert Huber hat als einst in der Schweiz verfolgtes und versorgtes „Kind der Landstrasse“ einen eindrücklichen Weg bis zum Sprecher des Fahrenden Volkes beschritten. Mit ihm bekamen die Fahrenden einen auch behördlich geachteten Brückenbauer.

## 7. Chronologie "Rassismus in der Schweiz"

Seit vielen Jahren gibt die GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus zusammen mit der GMS jeweils im Frühjahr eine Chronologie und Einschätzung der rassistischen Vorfälle in der Schweiz heraus.

Die Chronologie wird seit 1992 auch im Internet geführt und laufend aktuell gehalten. Sie ist auf der Website der GRA: [www.gra.ch](http://www.gra.ch) unter der Rubrik „[Chronologie](#)“ zu finden. In Buchform bestellt werden kann die Chronologie "Rassismus in der Schweiz" zum Preis von CHF 14.50 beim Sekretariat der GMS.

Dieses Hinschauen ist wichtig, um Rassismus und Rassendiskriminierungen vorzubeugen, aber auch um den betroffenen Personen und Minderheiten zu zeigen, dass wir die Vorfälle wahrnehmen, diese klar verurteilen und mit ihnen fühlen.

Valbella, 11. Februar 2010

GMS GESELLSCHAFT MINDERHEITEN  
IN DER SCHWEIZ

Der Präsident

Dr. Giusep Nay